



welt  
hunger  
hilfe



# INDUSTRIESTAATEN ENGAGIEREN SICH NICHT ERNSTHAFT FÜR HUNGERBEKÄMPFUNG

Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Welthungerhilfe zeigt, dass die Interessen des globalen Südens auf dem G7-Gipfel eine große Rolle spielen müssen

16. März 2022

Am 01. Januar 2022 hat die deutsche Bundesregierung den G7-Vorsitz übernommen und sich mit ihrem Programm das Ziel „Fortschritt für eine gerechte Welt“ gesetzt. Dieses informelle Forum setzt sich aus sieben führenden Industrienationen zusammen und diskutiert jedes Jahr aktuelle ökonomische, klima-, umwelt- und gesellschaftspolitische Fragen. Ihre gemeinsamen Entschlüsse können große Auswirkungen auf die globalen Herausforderungen unserer Zeit haben, von denen die Länder des globalen Südens oft besonders stark betroffen sind. Sollten die G7-Staaten also mehr Verantwortung als andere Nationen dafür übernehmen, weltweite Probleme zu bekämpfen? Ist die deutsche Bevölkerung der Meinung, dass die Interessen der Menschen im globalen Süden bei Entscheidungen der G7-Staaten eine große Rolle spielen sollten? Und welche sind die weltweiten Herausforderungen, für die sich die deutsche G7-Präsidentschaft besonders einsetzen sollte? Um ein Stimmungsbild der deutschen Bevölkerung zu diesen Fragen einzufangen, hat die Welthungerhilfe das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Studie<sup>1</sup> im Februar 2022 beauftragt.

Während die G7-Staaten bei ihrer Gründung vor allem Fragen der Finanz- und Währungspolitik diskutierten, hat sich ihr Themenspektrum seitdem deutlich erweitert. Inzwischen befassen sie sich auch mit globalen Herausforderungen aus Themenbereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Klima, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung (55 Prozent) ist dabei der Meinung, dass die G7-Staaten mehr Verantwortung als andere Staaten übernehmen sollten, um weltweite Probleme zu bekämpfen. 22 Prozent der Befragten widersprechen dieser Aussage und 23 Prozent sind diesbezüglich unentschieden.

## Frage:

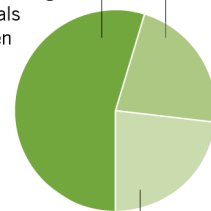
„Sollten die G7-Staaten Ihrer Meinung nach mehr Verantwortung als andere Staaten übernehmen, wenn es darum geht, weltweite Probleme zu bekämpfen, oder würden Sie das nicht sagen?“

**55%**

Die G7-Staaten sollten bei der Bekämpfung weltweiter Probleme mehr Verantwortung übernehmen als andere Staaten

**22%**

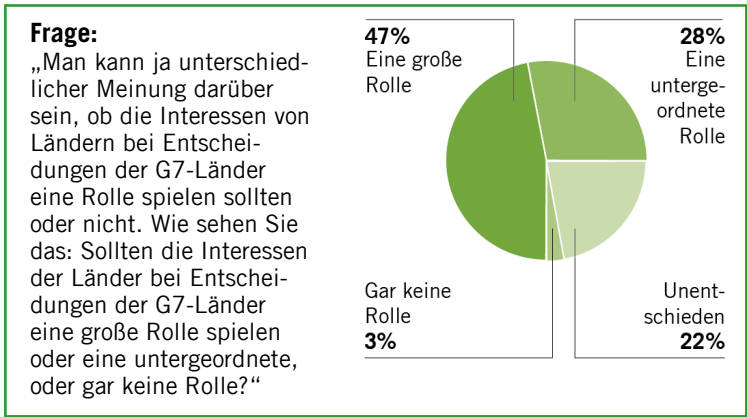
Das würde ich nicht sagen



Unentschieden  
**23%**

<sup>1</sup> Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049. Die Studie stützt sich auf insgesamt 1.033 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 3. und dem 16. Februar 2022 durchgeführt.

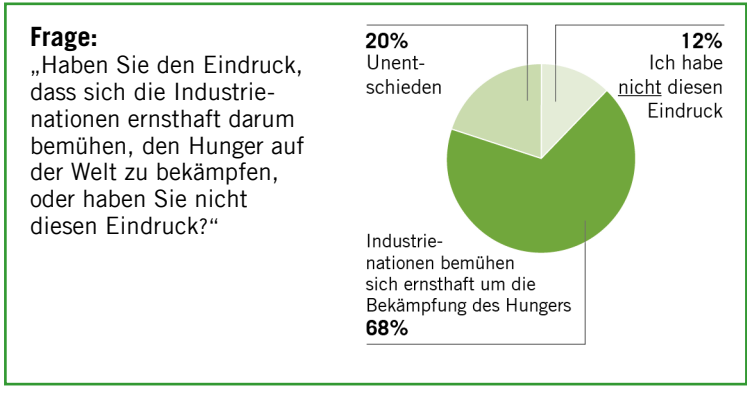
Die Zusammensetzung der G7-Staaten beschränkt sich ausschließlich auf führende Industrienationen. Knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) ist dennoch der Ansicht, dass die Interessen der Niedrigeinkommensländer bei Entscheidungen der G7-Staaten eine große Rolle spielen sollten. 28 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass deren Interessen immerhin noch eine untergeordnete Rolle spielen sollten und 22 Prozent sind in der Frage unentschieden. Nur 3 Prozent der Befragten meinen, dass die G7-Staaten die Interessen von Ländern aus dem globalen Süden gar nicht berücksichtigen sollte.



Im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft kann die deutsche Bundesregierung inhaltliche Schwerpunkte der diesjährigen Sitzungen und Gipfeltreffen setzen. Wenn es nach der deutschen Bevölkerung ginge (Mehrfachnennungen möglich), sollte sich Deutschland vor allem für die Eindämmung bzw. Verhinderung militärischer Konflikte<sup>2</sup> (67 Prozent), die Bekämpfung des Klimawandels und der Erderwärmung (65 Prozent), die Bekämpfung von Fluchtursachen (62 Prozent) sowie die Bekämpfung des Hungers auf der Welt und die Sicherung des weltweiten Energiebedarfs einsetzen (je 59 Prozent). Auch andere Themen wie der Schutz von Kindern, der Umweltschutz, die Bekämpfung von Kapitalflucht in Steueroasen, die Bewältigung humanitärer Krisen, der Schutz von Menschenrechten, die Bekämpfung von Krankheiten und Pandemien sowie die Bewahrung der Artenvielfalt werden von mehr als der Hälfte der Befragten für besonders wichtig erachtet.

<sup>2</sup> Die Datenerfassung fand vor Beginn der Eskalation des Ukraine-Konflikts statt.

Das letzte G7-Gipfeltreffen unter deutscher Präsidentschaft fand 2015 auf Schloss Elmau statt; demselben Austragungsort wie in diesem Jahr. Dort haben sich die G7-Staaten das Ziel gesetzt, bis 2030 500 Millionen Menschen aus dem Hunger zu befreien. Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung (68 Prozent) haben derzeit jedoch nicht den Eindruck, dass sich die Industrienationen ernsthaft um die Bekämpfung des Hungers in der Welt bemühen. Weniger als ein Viertel der Befragten (20 Prozent) ist in der Frage unentschieden und nur 12 Prozent sind der Ansicht, dass die Industrienationen das Thema Hungerbekämpfung ernst genug nehmen.



Die Umfrageergebnisse zeigen: Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung nehmen die derzeitigen Maßnahmen der Industrienationen zur Hungerbekämpfung als nicht ausreichend wahr. Gleichzeitig wünschen sie sich dieses Thema als eines der zentralen Prioritäten der deutschen G7-Präsidentschaft. Die Bundesregierung wird diesem Handlungsauftrag der eigenen Bevölkerung nicht gerecht. So kündigt sie lediglich unter dem Schwerpunktthema 4 der deutschen G7-Agenda - „Investitionen in eine bessere Zukunft“ - das Thema Ernährungssicherung als eines von mehreren Fokusthemen bei der Erreichung der SDGs an. Die deutsche G7-Präsidentschaft sollte demgegenüber aber weiterreichende Ziele formulieren und mit der entsprechenden Finanzierung hinterlegen, um den Welthunger aktiv und engagiert zu bekämpfen.